

Apotheken Praxis

Jahrgang 23 · Nr. 7 · Montag, 26. März 2001

aktuell · kritisch · unabhängig

Telefon-Umfrage

Wie bereiten sich die Kollegen auf den Fall des Rabattgesetzes vor?

Seite 4



Wirtschaft

Zur krisenfesten Finanzierung ist Eigenkapitalaufbau besonders wichtig.

Seite 13



Allergien

Das Frühjahr ist da! Was gibt es Neues gegen Heuschnupfen, Asthma & Co.?

Seite 17



PTA Praxis

SMS – Die angesagten Kurznachrichten umsonst verschicken.

Seite 24

Der Apotheker ist gefragt

Rede der Gesundheitsministerin | Um es gleich vorweg zu nehmen, die Fragestellung ihres Vortrags „Alter – eine unbezahlbare Krankheit?“ auf der Interpharm in Hamburg beantwortete die

neue Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) mit einem klaren Nein: „Die Tatsache, dass wir älter werden, ist etwas Schönes. Allerdings müssen wir die gesundheitsbezogenen Fragen lösen.“

Es sei unbestritten, dass im Alter mit einem erhöhtem Behandlungs- und Pflegebedarf zu rechnen ist, der allerdings nicht nur über die Bezahlung durch die Krankenkassen abgedeckt werden könne. Betrachte man nun die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung, so Schmidt weiter, dann nehme Deutschland zwar weltweit eine Spitzenstellung ein, bei der Frage der Qualität und der Leistungen stehe Deutschland jedoch nur als Mittelmaß da. Daraus ergibt sich,

Schmidt betonte, dass in diesem Zusammenhang der Einzelne künftig mehr Verantwortung übernehmen müsse.

Es stelle sich im Hinblick auf ältere Menschen die Frage, wie man sie dazu bringe, mehr Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen und dieses konkret in die Tat umzusetzen. In diesem Zusammenhang sei insbesondere der Apotheker gefordert.

Ulla Schmidt äußerte sich auch

Apotheker in den E-Commerce einbezogen werden. Und zwar in der Art, dass der Verbraucher eher bei einer deutschen bestellt als bei ausländischen Anbietern mit dubiosen Praktiken und chinesischen Beipackzetteln.



Ulla Schmidt

Abschließend fasste Schmidt zu-

Der Festbetrags-Kompromiss

In der Frage der Festbetragsregelung hat Ulla Schmidt mit der Festlegung einer Summe von 650 Mio. DM einen Kompromiss gefunden. Dieser wurde von den Kassen, die sich Einsparungen von 1 Milliarde DM erhofft hatten, verhalten aufgenommen, während sie die Pharma-Industrie, die 500 Millionen DM vorgeschlagen hatte, zufrieden zeigte.

Der Vorschlag gilt nach endgültiger Zustimmung durch den Bundesrat bis zum Jahre 2003. Die Opposition warf der Ministerin aus diesem Grunde „Flickschusterei“ vor und befand sie als zu „zaghaft“. Nach ihrer Ansicht bedarf es schon vor 2003 einer umfassenden Gesundheitsreform. AP



Erstattung für
ul in England?